

Rede von Matthias Bärwolff

UN-Kinderrechte konsequent umsetzen

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drucksache 4/3338 -

Ich will das noch mal deutlich machen, Herr Minister Zeh, was Frau Scheringer-Wright gesagt hat. Hier geht es um Kinderarmut. Das ist ein riesiges Problem. In unserem Maßnahmenkatalog, den wir in unserem Antrag vorgestellt haben, legen wir ganz konkrete Maßnahmen vor, wie diese Kinderarmut ganz konkret zu verhindern ist. Es geht schon bei einem gesunden Mittagessen los, 2,62 € am Tag für die Verpflegung mit Essen garantiert mitbringen eine gesunde Ernährung. Sie bekommen permanent die Studien und legen sie vor. Unsere Kinder sind adipös, unsere Kinder sind krank, unsere Kinder haben eine schlechte Zahngesundheit. Wenn ich 2,62 € am Tag zur Verfügung habe, dann brauche ich mich über Kinderarmut nicht zu wundern. Sie machen Gesetze - Sie haben dem Hartz-IV-Gesetz im Bundesrat zugestimmt - und ich verstehe nicht, warum Sie sich hier hinstellen und sagen, dass ist verfassungsrechtlich alles nicht möglich. Sie haben Gesetze gemacht, also können wir Gesetze ändern. So einfach ist das. Das ist Demokratie und das ist Politik. Wir sind hier für eine politische Willens- und Meinungsbildung angetreten. Da können Sie nicht sagen, das ist populistisch. Sie können die Anschläge oder die Vorschläge richtig oder falsch finden, das ist schon alles richtig, aber ich

(Heiterkeit CDU)

na ja, unsere Terrorismusjäger an der Ecke.

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Das müssen Sie in Ihren Antrag reinschreiben, das wäre konsequent.)

Die Konsequenz wäre, die UN-Kinderrechte in die Verfassung einzuführen als Anhang z.B., dass sie Verfassungsrecht bekommen, weil dann können wir eine ganz andere Kinderpolitik machen. Dann werden Kinder nämlich nicht nur zum Rechtsobjekt, es wird über Kinder verhandelt, sondern dann werden Kinder zum Rechtssubjekt. Kinder haben Rechte und das ist ein kleiner Unterschied, Herr Zeh. Da können wir auch gegen Kinderarmut ganz anders vorgehen. Und dass wir dagegen vorgehen müssen, das sollte doch hoffentlich auch Ihnen bewusst sein. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Bärwolff, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Schwäblein?

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Vielen Dank. Nach Ihren Eingangsworten war ich fast geneigt, Sie nach Ihrem BMI zu fragen, aber das lasse ich jetzt weg. Ich würde jetzt vielmehr von Ihnen erfahren wollen, ob die vielen Forderungen, die Sie aufstellen - und das ist ja sowieso leichter, als sie zu erfüllen -

, ob Sie denn dort, wo Sie beteiligt sind, in Berlin, das alles schon durch- und umgesetzt haben.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Ja.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

So viele Jahre PDS in Berlin, da müssten doch jetzt ideale Verhältnisse für Kinder sein. Die Schulspeisung müsste für 8 € dann ausgereicht werden und das Ganze dann auch noch die Kinder nichts kosten. Ist das alles schon umgesetzt?

(Unruhe DIE LINKE)

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Schwäblein, wie Sie wissen, politische Mehrheitsverhältnisse, wir als Linke haben natürlich diese Position. Wir haben sie auch in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingebracht. Beispielsweise die Forderung nach einer solidarischen Kindergrundsicherung, ähnlich, wie das in unserem Antrag steht. Beispielsweise umgesetzt werden schon frühzeitige Entwicklungsstandstests drei Jahre vor der Einschulung, bei denen Kinder auf ihre motorischen, kognitiven, geistigen Fähigkeiten hin untersucht werden, die werden ganz konkret umgesetzt.

Die Frage Kindergrundsicherung: Da geht es darum, politische Mehrheiten einmal im Bundesrat zusammen, einmal im Landtag zusammen, DIE LINKE ist auf dem Weg, sozusagen Mehrheiten zu erobern. Wir sind mittlerweile schon im Westen, also ganz konkret in Bremen in der Bürgerschaft. Wenn das so weitergeht, sind wir in zehn Jahren möglicherweise auch in Bayern im Landtag und dann werden wir die Mehrheiten haben, um hier linke Politik ganz konkret zu gestalten.

(Unruhe CDU)

Bis dahin müssen wir uns damit abgeben, Anträge vorzulegen, über die Mehrheiten im Parlament befinden können oder nicht. So einfach ist das. Nur weil wir in Berlin Regierung tragen oder Regierungsverantwortung tragen, heißt das nicht, dass wir alles, was wir gern möchten, umsetzen können. Aber wir können dafür streiten, wir können uns dafür Mehrheiten erkämpfen. Darum geht es. Ich denke, es ist ein legitimes Recht. Wir haben das hier deutlich gemacht. Sie können entweder unserem Antrag zustimmen oder Sie lassen es, dann müssen Sie sich aber auch damit zufriedengeben, dass Sie nur äußerst wenig tun, beispielsweise im Kampf gegen Kinderarmut. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)